

liche Optionen lange offenhalten zu können, eine große Bedeutung zu. Auch hinsichtlich dieser Optionen wird die duale Ausbildung von allen Schulabgängergruppen als vergleichsweise unflexibel eingeschätzt. Haupt- und Realschüler/-innen erhoffen sich vorrangig über einem weiterführenden Schulbesuch, ihr berufliches Entscheidungsspektrum zu erhalten bzw. auszuweiten. Wie nicht anders zu erwarten, favorisieren auch die Abiturienten ein Studium deutlich häufiger als eine duale Ausbildung, wenn es darum geht, sich noch viele berufliche Möglichkeiten offenzuhalten.

Attraktivität und Reformbedarf

Die Ergebnisse zeigen, daß die Jugendlichen ein differenziertes Bild der Attraktivität einer dualen Berufsausbildung haben. Schulabgänger/-innen der Sekundarstufe I verbinden mit einer dualen Ausbildung durchaus die Erwartung wichtiger beruflicher Zielvorstellungen, sei es die künftige Arbeitsplatzsicherheit oder die Möglichkeit, eigene Neigungen und Interessen später im Beruf verwirklichen zu können, zu erreichen. Eine Ausnahme bilden die Abiturienten, die zur Verwirklichung ihrer berufsinhaltlichen Interessen eher ein Studium als einer dualen Ausbildung den Vorzug geben.

Sobald die Haupt- und Realschüler/-innen weiterreichende berufliche Zielvorstellungen entwickeln, seien diese eher auf künftige Aufstiegschancen oder darauf gerichtet, später beruflichen Gestaltungsspielraum zu haben, messen die Jugendlichen dem Absolvieren einer schulischen Bildungsalternative einen höheren Wert bei als der unmittelbaren Einmündung in eine betriebliche Ausbildung. Die höhere Attraktivität eines weiterführenden Schulbesuchs ist nicht nur ein Hinweis auf die unterschiedlichen betrieblichen Zugangsvoraussetzungen der Ausbildungsberufe im dualen System, sondern zeigt ebenfalls, daß die Jugendlichen die Be-

rufsperspektiven dualer Ausbildungsberufe nicht als gleichwertig einschätzen. Die Attraktivität der dualen Berufsausbildung leidet diesen Ergebnissen zur Folge darunter, daß durch einmal erworbene Schulabschlüsse unterhalb der Hochschulzugangsberechtigung und mit der Einmündung in eine duale Berufsausbildung die Perspektiven für das spätere berufliche Fortkommen weitgehend festgelegt werden. Nach Eintritt ins Arbeitsleben sind diese oft nur über Bildungswege außerhalb des betrieblichen Aus- und Weiterbildungssystems und begleitet von erheblichen Einkommensverlusten verbesserbar. Für die Weiterentwicklung des dualen Berufsbildungssystems bedeutet dies, daß die betriebliche Aus- und Weiterbildung unter Anerkennung bisher erworbener „Teilkompetenzen“⁵ horizontale (d. h. berufs- und berufsfeldübergreifende) und vertikale (aufstiegsorientierte) Durchstiegsmöglichkeiten unter Einschluß des tertiären Bildungsbereichs ausbauen und transparent machen muß.⁶

Anmerkungen:

¹ Vgl. Liesering, S.; Schober, K.; Tessaring, M. (Hrsg.): *Die Zukunft der dualen Berufsausbildung. Eine Fachtagung der Bundesanstalt für Arbeit. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. BeitrAB 186. Nürnberg 1994.* Sowie: Beicht, U.; Berger, K.; Herget, H.; Krekel, E. M. (Hrsg.): *Berufsperspektiven mit Lehre. Bundesinstitut für Berufsbildung. Der Generalsekretär (Hrsg.). Berlin und Bonn 1997. (Berichte zur beruflichen Bildung H. 211)*

² Berger, K.; Wolf, A.: *Berufseinmündungsstrategien und Attraktivität einer dualen Ausbildung bei Jugendlichen in Abgangsklassen.* In: *BWP 25 (1996) 2, S. 18–23*

³ Vgl. *Abschlußbericht zum Forschungsprojekt: Die Wertschätzung der dualen Berufsausbildung. . . Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn, 21. April 1997*

⁴ Die angegebenen Prozentwerte stellen den Anteil der Schulabgänger/-innen dar, die der jeweiligen Aussage über die Bildungsgänge „voll zustimmen“.

⁵ Vgl. Kloas, P.-W.: *Modularisierung in der beruflichen Bildung. Bundesinstitut für Berufsbildung. Der Generalsekretär (Hrsg.). Berlin und Bonn 1997 (Berichte zur Berufsbildung H. 208)*

⁶ Dybowski, G.; Pütz, H.; Sauter, E.; Schmidt, H.: *Ein Weg aus der Sackgasse – Plädoyer für ein eigenständiges und gleichwertiges Berufsbildungssystem.* In: *BWP 23 (1994) 6, S. 3–13*

Weniger gemeldete Lehrstellen: Signal für eine sinkende Ausbildungsbereitschaft?

Joachim Gerd Ulrich

Insbesondere in Zeiten einer angespannten Lehrstellensituation erfährt die Berufsberatungsstatistik der Arbeitsämter eine besondere Aufmerksamkeit. Denn sie ist die einzige Quelle, aus der bereits in einem frühen Stadium des Vermittlungsjahres Informationen zur aktuellen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt und zu Veränderungen gegenüber vorausgegangenen Jahren entnommen werden können. Spätestens Ende März, wenn die Bundesanstalt für Arbeit die erste Hälfte ihres Geschäftsjahres bilanziert, bildet sie den Ausgangspunkt für kontroverse bildungspolitische Debatten.

Dazu zählt die Frage, wie sich das Gesamtangebot an Ausbildungsstellen im Geschäftsjahr entwickeln wird. Grundlage der Diskussion ist die Zahl der Lehrstellen, die den Arbeitsämtern von den Betrieben zur Vermittlung angeboten werden, und ihre Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Arbeitsämter den Ausbildungsstellenmarkt nicht vollständig widerspiegeln können, da ihre Geschäftsstatistik auf der freiwilligen Inanspruchnahme ihrer Dienste durch die Betriebe und Jugendlichen beruht. Werden gegenüber dem Vorjahr weniger Ausbildungsplätze gemeldet, so kann dies auf zweierlei hindeuten: auf ein insgesamt sinkendes Gesamtangebot und/oder aber auf eine nachlassende Inanspruchnahme der Vermittlungsdienste der Arbeitsämter.

Um zu ermitteln, wie die Zahlen der Arbeitsämter zu interpretieren sind, wurden in der Tabelle Zeitreihen von 1980 bis 1997 erstellt. In den Spalten 1 und 2 ist eingetragen, wie viele Lehrstellen den westdeutschen Arbeitsämtern jeweils bis Ende März (Halbjahresanalyse) bzw. Ende September (Bilanz) gemeldet wurden. Spalte 3 informiert über das tatsächliche Gesamtangebot an Lehrstellen, das bis zum Ende des Vermittlungsjahres (Ende September) registriert wurde. Es wurde nach der Definition des Berufsbildungsförderungsgesetzes errechnet und setzt sich zusammen aus der Zahl aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge und der Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Lehrstellen, die auch noch zum 30. September nicht besetzt waren.¹ Die sogenannten „Einschalt-

quoten“ in den Spalten 4 und 5 für die Monate März und September sind das jeweilige Ergebnis der Division der Werte in der Spalte 1 bzw. 2 durch die Werte der Spalte 3. Sie sind Indikatoren dafür, in welchem Ausmaß Betriebe die Arbeitsämter (bis Ende März bzw. bis Ende September) über ihr Lehrstellenangebot informierten. Die Angebots-Nachfrage-Relation in Spalte 6 gibt wieder, wie viele Lehrstellenangebote im betreffenden Vermittlungsjahr jeweils 100 Lehrstellennachfragern gegenüberstanden. Werte über 100 signalisieren einen Angebots-, Werte unter 100 einen Nachfrageüberschuß.

Ein Vergleich der beiden Zeitreihen in Spalte 1 und 3 zeigt, daß von 1993 bis 1996 sinkende Zahlen bei den im März gemeldeten Aus-

bildungsplätzen mit Rückgängen beim Gesamtangebot der entsprechenden Jahre einhergehen. Die Entwicklung beider Zeitreihen verläuft aber nicht durchgängig parallel. So sank beispielsweise von 1996 auf 1997 die Zahl der gemeldeten Plätze um 29 000, während das Gesamtangebot um 3 800 wuchs. Umgekehrt wuchs 1992 die Zahl der bis März gemeldeten Plätze gegenüber dem Vorjahr um 23 100, während das Gesamtangebot um 44 600 sank. Auch die errechneten Einschaltquoten in Spalte 4 belegen, daß die Zahl der im März gemeldeten Plätze nicht einfach das Ergebnis einer linearen Fortschreibung der Angebotsentwicklung ist. Die Werte variieren bei einer Spannweite von 49 Prozent (1984) bis 111 Prozent (1993) erheblich. Mit anderen Worten: Die Betriebe zeigen bei der Frage, ob sie die Arbeitsämter bei ihrer Stellenbesetzung einschalten, eine sehr hohe Elastizität. Somit ist ein Rückschluß von den bis Ende März gemeldeten Plätzen auf das (voraussichtliche) Gesamtangebot an Ausbildungsstellen nicht möglich. Vergleichbares gilt für die bis Ende September gemeldeten Lehrstellen.

Dies belegt auch eine statistische Korrelationsanalyse beider Zeitreihen. Die beiden Variablen, die Zahl der im März gemeldeten Stellen und das Gesamtangebot an Ausbildungsplätzen, korrelieren nur sehr schwach ($r = -0,16$) und auch noch entgegen der Erwartung negativ miteinander. Die gemeinsame Varianz von rund zwei Prozent läßt auf eine faktische Unabhängigkeit der beiden Zeitreihen schließen. Somit lautet das Fazit: Aus der Entwicklung bei den bis Ende März gemeldeten Ausbildungsplätzen läßt sich keine Vorhersage zur Entwicklung des tatsächlichen Gesamtangebots an Lehrstellen ableiten.

Man könnte einwenden, daß dieses Ergebnis womöglich durch den frühen Zeitpunkt der hier berücksichtigten Halbjahresanalyse (Ende März) bedingt ist und daß die Bilanzen der Arbeitsämter im Sommer oder Spätsommer

Tabelle: Die Entwicklung bei den gemeldeten und insgesamt angebotenen Lehrstellen von 1980 bis 1997 (alte Länder und westlicher Stadtteil von Berlin)

Jahr	Bis Ende März gemeldete Plätze	Bis Ende September gemeldete Plätze	Gesamtangebot an Ausbildungsstellen	Einschaltquote im März	Einschaltquote im September	Angebots-Nachfrage-Relation
	in Tsd.	in Tsd.	in Tsd.	(Sp. 1 : Sp. 3)	(Sp. 2 : Sp. 3)	Lehrstellen je 100 Bewerber
	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3	Sp. 4	Sp. 5	Sp. 6
1980	431,3	502,0	694,6	62 %	72 %	104,1
1981	438,0	498,7	643,0	68 %	78 %	102,4
1982	389,7	467,5	651,0	60 %	72 %	97,9
1983	353,3	458,5	696,4	51 %	66 %	96,2
1984	354,6	464,5	726,8	49 %	64 %	95,1
1985	371,8	480,6	719,1	52 %	67 %	95,1
1986	397,7	511,4	715,9	56 %	71 %	97,9
1987	438,5	546,4	690,3	64 %	79 %	101,6
1988	467,9	566,4	666,0	70 %	85 %	105,9
1989	505,7	598,9	668,6	76 %	90 %	111,1
1990	574,7	652,5	659,4	87 %	99 %	117,9
1991	644,7	711,4	668,0	97 %	107 %	121,3
1992	667,8	721,8	623,4	107 %	116 %	121,8
1993	616,4	667,2	554,8	111 %	120 %	114,2
1994	509,6	561,4	503,0	101 %	112 %	107,6
1995	447,0	512,8	493,4	91 %	104 %	105,1
1996	413,1	490,1	483,2	85 %	101 %	101,9
1997	384,1	476,4	487,0	79 %	98 %	98,6

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Bundesinstitut für Berufsbildung

deutlicher mit der Entwicklung des Gesamtangebots in Beziehung stehen. Um dies zu überprüfen, wurde auch die Abschlußstatistik der Arbeitsämter zum 30. September mit dem Gesamtangebot an Ausbildungsstellen korreliert. Doch auch in diesem Fall hängen die Zahl der (bis Ende September) gemeldeten Plätze und das Gesamtangebot an Ausbildungsstellen kaum zusammen ($r = -0,04$); im Gegenteil, die ermittelte Korrelation (0,2 Prozent gemeinsame Varianz) ist noch schwächer ausgeprägt.

Somit gilt auch hier: Ein Rückschluß von der Entwicklung bei den gemeldeten Stellen auf die Veränderung des Gesamtangebots ist aus den statistischen Zahlenverläufen allein nicht möglich.

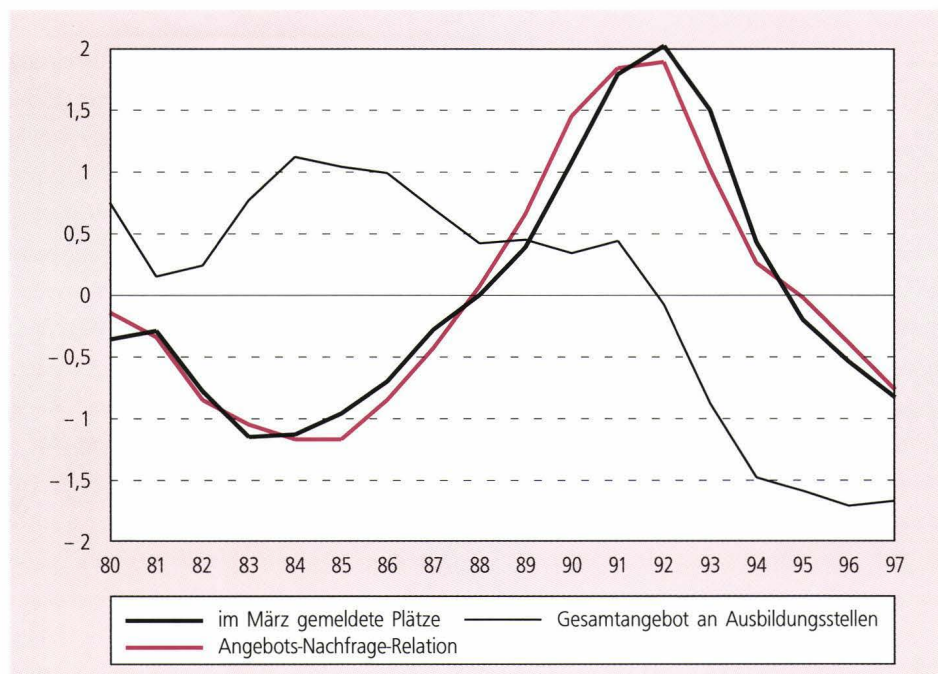
Wovon hängt dann aber das Meldeverhalten der Betriebe ab? Statistische Analysen belegen einen äußerst engen Zusammenhang mit der Angebots-Nachfrage-Relation (vgl. Spalte 6 in der Tabelle). Dies gilt sowohl für die bis Ende März ($r = +0,98$) als auch für die bis Ende September gemeldeten Plätze ($r = +0,96$).

Dies bedeutet: Die Betriebe machen die Einschaltung des Arbeitsamtes im wesentlichen davon abhängig, ob sie im jeweiligen Jahr mit genügend Bewerbern rechnen können. Ist dies der Fall, sinkt die Zahl der meldenden Betriebe bzw. der gemeldeten Stellen; haben die Betriebe hingegen Schwierigkeiten, Bewerber zu finden, bitten sie verstärkt die Arbeitsämter um ihre Vermittlungsdienste.

Die Abbildung zeigt, wie eng beide Entwicklungen (Stellenmeldungen bis Ende März, Angebots-Nachfrage-Relation) parallel verlaufen.² Zu Vergleichszwecken wurde auch der standardisierte Entwicklungsverlauf beim Gesamtangebot an Ausbildungsstellen in die Graphik aufgenommen. Er weist starke Abweichungen vom Verlauf der beiden übrigen Kurven auf und steht somit auch optisch in keinem erkennbaren Zusammenhang.

Die starke Abhängigkeit des Meldeverhaltens der Betriebe vom relativen Bewerberaufkom-

Abbildung: Wiedergabe der z-standardisierten Werte von 1980 bis 1997 (nur alte Länder und Berlin-West)



men ist für die Arbeitsämter mit einem praktischen Dilemma verbunden: Immer dann, wenn es in Relation zu den Ausbildungsplätzen eine wachsende Zahl von Bewerbern gibt, melden die Betriebe ihre Plätze nicht mehr im selben Ausmaß wie früher. Das Vermittlungsgeschäft wird dadurch für die Arbeitsämter noch schwieriger. Schwieriger wird die Vermittlungsarbeit aber auch im umgekehrten Fall, wenn die Zahl der Lehrstellenangebote relativ groß ist. Denn nun melden sich die Jugendlichen nicht mehr mit derselben Intensität wie früher, so daß vermehrt Probleme auftreten, den bei den Arbeitsämtern registrierten Betrieben Bewerber zu vermitteln.³

Die Schlußfolgerungen für eine bildungspolitische Nutzung der Statistik über gemeldete Berufsausbildungsstellen lauten:

- Rückgänge oder Zuwächse bei den gemeldeten Ausbildungsplätzen sind für sich genommen keine Signale für eine nachlassende oder wachsende Ausbildungsbereitschaft auf seiten der Wirtschaft.
- Dagegen sind die Rückgänge oder Zuwächse bei den gemeldeten Ausbildungsplätzen

sehr eindeutige und ernstzunehmende Signale für einen Lehrstellenmarkt, der aus Sicht der Nachfrager enger oder entspannter wird.

- Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß die Lehrstellenstatistik der Arbeitsämter die Problemlage für den einzelnen Bewerber bei einem enger werdenden Lehrstellenmarkt ebenso deutlich überzeichnen kann, wie sie umgekehrt bei einem entspannten Lehrstellenmarkt die Auswahlmöglichkeiten für Bewerber positiver aussehender lassen kann, als sie in Wirklichkeit sind.

Anmerkungen:

¹ Die Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wird in einer gesonderten Erhebung durch das Bundesinstitut für Berufsbildung auf der Grundlage der Kammereinträge ermittelt.

² Um den starken Zusammenhang optisch verdeutlichen zu können, wurde in der Darstellung vom unterschiedlichen absoluten Niveau der beiden Entwicklungsverläufe abstrahiert. Dazu wurden die Mittelwerte der beiden Zeitreihen mit Null gleichgesetzt und die einzelnen Jahreswerte in standardisierte Abweichungen vom jeweiligen Mittelwert transformiert (Berechnung von sog. „z-Standardwerten“).

³ Die Zahl der bei den Arbeitsämtern bis Ende März gemeldeten Bewerber korreliert mit $r = -0,78$ mit der Angebots-Nachfrage-Relation.